

Stand: 04.02.2026 05:19:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3600

"Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene im Sinne der bayerischen Landwirtschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3600 vom 15.10.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3632 vom 16.10.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Leo Dietz, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristian Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberg, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Martin Stock, Peter Wachler und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene im Sinne der bayerischen Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund und vor allem auf europäischer Ebene mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass

- der Bund das angekündigte Entlastungspaket für die Landwirtschaft sowohl finanziell als auch beim Abbau von Bürokratie deutlich erweitert und spürbar mit Leben erfüllt.
- einkommenswirksame Förderungen und Fördergelder weiterhin nach dem Gesichtspunkt der Leistungserbringung verteilt werden. Die EU-Agrarpolitik darf nicht zu einer neuen Umverteilung kommen, bei der künftig die jeweilige soziale Bedürftigkeit das zentrale Förderkriterium darstellt.
- Fördergelder an aktive Landwirte ausgereicht werden, die ihre Betriebe auch bewirtschaften. Dabei sind kleinstrukturierte Familienbetriebe und Junglandwirte besonders zu unterstützen. An einem eigenen Haushalt für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist festzuhalten.
- die Agrarpolitik wieder stärker die Ernährungssicherung in den Fokus rückt. An der ab 2025 geltenden Abschaffung der Pflicht zur obligatorischen Flächenstilllegung ist dauerhaft festzuhalten.
- die Ausgestaltung der Agrarpolitik mit möglichst wenig fachfremden Hürden und bürokratischen Auflagen für Landwirtinnen und Landwirte erfolgt. Dabei ist darauf zu achten, dass die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft ausreichend honoriert werden.
- die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) abgeschafft oder zumindest grundsätzlich so überarbeitet wird, dass Mitgliedstaaten mit nachgewiesenermaßen keinem Entwaldungsrisiko den Nachweis für Erzeugnisse aus entwaldungsfreien Gebieten auch pauschal auf staatlicher Ebene erbringen können.

- auf nationaler Ebene neben der Abschaffung der Stoffstrombilanzierung schnellstens ein Düngemonitoring eingeführt wird, mit dem endlich eine verursachergerechte Betrachtung und somit eine Befreiung wasserschonend wirtschaftender Betriebe von den besonderen Düngerauflagen in den Roten Gebieten ermöglicht wird.

Begründung:

Die heimische Landwirtschaft versorgt die Bürgerinnen und Bürger jeden Tag mit gesunden Produkten von höchster Qualität aus der Region und das zu günstigen Preisen. Damit wird im ländlichen Raum eine große Wertschöpfung erzielt. Die Landwirtschaft erhält und gestaltet die lebenswerte und attraktive Kulturlandschaft Bayerns. Über Generationen hinweg werden die Wälder in Bayern mit großem Engagement nachhaltig bewirtschaftet und zu klimastabilen Wäldern umgebaut.

Deshalb muss den Landwirtinnen und Landwirten maximale Wertschätzung entgegengebracht werden. Vorgaben und Auflagen zur Bewirtschaftung müssen praxisgerecht, nachvollziehbar und umsetzbar ausgestaltet sein. Die Ergebnisse des Praktikerrats des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus haben gezeigt, dass Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit mit der Praxis erfolgreich gestaltet werden können. Diese dienen als Leitlinien für eine zukunftsweise GAP, die den Anforderungen der Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gerecht wird.

Die Politik der Ampelkoalition ist eine Politik gegen die Menschen im ländlichen Raum und verkennt die Leistungen der Landwirtschaft völlig.

Die Streichung der Agrardieselrückvergütung belastet die Landwirtschaft mit über 400 Mio. Euro. Das vorgelegte Entlastungspaket für die Landwirtschaft ist völlig unzureichend und muss umgehend nachgebessert werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Leo Dietz, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberg, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Martin Stock, Peter Wachler und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/3600

Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene im Sinne der bayerischen Landwirtschaft

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund und vor allem auf europäischer Ebene mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass

- der Bund das angekündigte Entlastungspaket für die Landwirtschaft sowohl finanziell als auch beim Abbau von Bürokratie deutlich erweitert und spürbar mit Leben erfüllt.
- einkommenswirksame Förderungen und Fördergelder weiterhin nach dem Gesichtspunkt der Leistungserbringung verteilt werden. Die EU-Agrarpolitik darf nicht zu einer neuen Umverteilung kommen, bei der künftig die jeweilige soziale Bedürftigkeit das zentrale Förderkriterium darstellt.
- Fördergelder an aktive Landwirte ausgereicht werden, die ihre Betriebe auch bewirtschaften. Dabei sind kleinstrukturierte Familienbetriebe und Junglandwirte besonders zu unterstützen. An einem eigenen Haushalt für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist festzuhalten.
- die Agrarpolitik wieder stärker die Ernährungssicherung in den Fokus rückt. An der ab 2025 geltenden Abschaffung der Pflicht zur obligatorischen Flächenstilllegung ist dauerhaft festzuhalten.
- die Ausgestaltung der Agrarpolitik mit möglichst wenig fachfremden Hürden und bürokratischen Auflagen für Landwirtinnen und Landwirte erfolgt. Dabei ist darauf

zu achten, dass die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft ausreichend honoriert werden.

- die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) abgeschafft oder zumindest grundsätzlich so überarbeitet wird, dass Mitgliedstaaten mit nachgewiesenermaßen keinem Entwaldungsrisiko den Nachweis für Erzeugnisse aus entwaldungsfreien Gebieten auch pauschal auf staatlicher Ebene erbringen können.
- auf nationaler Ebene neben der Abschaffung der Stoffstrombilanzierung schnellstens ein Düngemonitoring eingeführt wird, mit dem endlich eine verursachergerechte Betrachtung und somit eine Befreiung wasserschonend wirtschaftender Betriebe von den besonderen Düngeauflagen in den Roten Gebieten ermöglicht wird.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Petra Högl
Abg. Gerd Mannes
Abg. Ralf Stadler
Abg. Mia Goller
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Ruth Müller
Abg. Nikolaus Kraus
Staatsministerin Michaela Kaniber
Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene im Sinne der bayerischen Landwirtschaft (Drs. 19/3600)

Ich eröffne die Aussprache. – Als Erste hat die Kollegin Petra Högl für die CSU-Fraktion das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sind in Bayern. Wir wissen, was unsere Bäuerinnen und Bauern für die Gesellschaft und für jeden einzelnen Bürger leisten. Die bayerische Landwirtschaft hat für uns daher auch eine ganz besondere Bedeutung. Sie ist das Fundament unserer Ernährung auf höchstem Qualitätsniveau und einer gesicherten und bezahlbaren Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der Region, und das alles mit Verantwortung für Mensch, Tier, Umwelt und Klima.

Unsere Bäuerinnen und Bauern sind auch das Fundament für den Erhalt unserer Kulturnlandschaft, die wir so schätzen und lieben. Sie gestalten unsere Dörfer und sie tragen einen wichtigen Teil zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Die Landwirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Sie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern. So wie die Landwirtschaft das Fundament für vieles in unserer Gesellschaft ist, so braucht auch die Landwirtschaft selbst ein festes und verlässliches Fundament für die Zukunft. Hierzu brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit. Hierfür

braucht es Rahmenbedingungen, die praxisgerecht, nachvollziehbar und umsetzbar sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte auf das aktuelle Thema KULAP-Maßnahme K33 Bezug nehmen und ganz klar sagen: KULAP ist ein Erfolgsmodell, und die Maßnahme K33 wurde sehr gut angenommen. Sie läuft auch weiter, kann aber für nächstes Jahr nicht mehr beantragt werden. Für die Landwirtinnen und Landwirte, die diese Maßnahme buchen wollten, ist das natürlich eine Herausforderung, aber hier gibt es Gespräche zwischen den Landwirten und dem Ministerium.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag klar zur Entbürokratisierung in der Landwirtschaft bekannt und handeln dementsprechend. – Ich bin dir, liebe Michaela, unserer bayrischen Landwirtschaftsministerin, sehr dankbar dafür, dass du die Initiative "Einfach schafft Mehrwert – Gemeinsam für eine schlankere Bürokratie" gestartet hast. Das Landwirtschaftsministerium hat hierzu einen umfangreichen Beteiligungsprozess in Gang gesetzt mit der Zielsetzung, konkrete Hinweise zu bekommen, was vereinfacht werden muss. Die Ergebnisse der Umfrage wurden von der Verwaltung und der Praxis – und das ist ganz wichtig – gemeinsam ausgewertet. Es wurden erste Vorschläge erarbeitet; sie gilt es jetzt nach und nach umzusetzen, etwa im Bereich der Dokumentationspflichten, sei es die Stoffstrombilanz, sei es der Pflanzenschutz oder sei es der Mehrfachantrag. Das sind einige Schwerpunktthemen, an denen wir zusammen arbeiten.

Auch sind erste Vereinfachungen bereits erreicht worden: Zum Beispiel wurde das "Bayerische Programm Tierwohl (BayProTier)" überarbeitet; jetzt muss nur noch ein Antrag für die Förderung, aber kein zusätzlicher Auszahlungsantrag gestellt werden. Auch soll es ab Herbst möglich sein, dass Landwirte in "iBALIS" die Flächen erfassen können.

Vor wenigen Tagen haben wir im Agrarausschuss einen Bericht über die Ergebnisse des bayerischen Praktikerrats erhalten. Ich bin unserer Landwirtschaftsministerin auch sehr dankbar dafür, dass sie diesen einberufen hat. Andere Bundesländer schauen bei uns, wie wir das machen. Wir werden diesen Prozess weiterhin engmaschig begleiten. Wir gehen den bayerischen Weg weiter – mit den Landwirten und nicht gegen unsere Landwirte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Klar ist aber auch: Agrarpolitik ist das Kernstück der gemeinsamen europäischen Politik. Es braucht daher nun endlich in Brüssel, aber ebenso in Berlin ein klares Signal für die Landwirtschaft. Es braucht eine Politik im Sinne der bayerischen Landwirte, die verlässlich ist, die daran arbeitet, den Alltag für unsere Bäuerinnen und Bauern zu vereinfachen, und die die Leistungen unserer Landwirtinnen und -Landwirte wertschätzt. Keinesfalls hilfreich – das sage ich hier auch ganz deutlich – waren bestimmte Passagen in der Rede der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kürzlich bei der DLD-Konferenz in München.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das habe ich Frau von der Leyen in einem Schreiben ganz deutlich mitgeteilt. Ausführungen, die den Eindruck erwecken, die Landwirtschaft würde durch Ausbeutung von Grund und Bodens nur nach maximalem Gewinn trachten, stellen unsere Bäuerinnen und Bauern absolut zu Unrecht an den Pranger. Das können wir als politisch Verantwortliche in Bayern nicht so stehen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher appellieren wir an die neue EU-Kommission, den vernünftigen Kurs der letzten Monate beizubehalten. Produktion und Umweltschutz gehen nur mit den Bauern zusammen und nicht gegen die Bauern.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, wir fordern in diesem Zusammenhang die Bundesregierung und den Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir auf, sich auf europäischer Ebene für eine Agrarpolitik einzusetzen, die erstens an einem eigenen Haushalt für eine Gemeinsame Agrarpolitik festhält und die zweitens eine Grundprämie vor sieht, die die souveräne Lebensmittelerzeugung sichert. Der Aspekt der Ernährungssicherung, gerade in Zeiten von Getreideknappheit, muss wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Daher ist es auch essenziell, die Pflicht zur Flächenstilllegung abzuschaffen.

Drittens fordern wir, dass die Fördergelder nach dem Leistungsprinzip verteilt werden. Wir brauchen keine EU-Agrarpolitik, die zur Agrarsozialpolitik wird. Fördergelder müssen an Qualität und Leistung gekoppelt sein; denn hier sind unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern in Europa spitze. Dabei sollten kleinstrukturierte Familienbetriebe, tierhaltende Familienbetriebe und Junglandwirte besonders gefördert und unterstützt werden.

Viertens brauchen wir wieder mehr Zutrauen und Eigenverantwortung unserer Landwirte auf Bundesebene und europäischer Ebene. Daher ist es bei der Ausgestaltung der Agrarpolitik ganz wichtig, darauf zu achten, dass sie möglichst wenige bürokratische Auflagen enthält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in Berlin braucht es nun endlich ein klares Signal für die Landwirtschaft. So muss der Bund das Entlastungspaket für die Landwirte endlich umsetzen. Ankündigungen alleine reichen hier nicht mehr. Zugleich brauchen wir auf nationaler Ebene ein Düngemonitoring, um eine verursachergerechte Betrachtung in den roten Gebieten endlich zu ermöglichen.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner werden wir uns als CSU auch künftig dafür einsetzen, drohende Zusatzbelastungen für unsere Land- und Forstwirte zu verhindern. Ich nenne hier die Novelle des Tierschutzgesetzes, die Novelle des Bundeswaldgesetzes oder die EU-Entwaldungsverordnung. Die zuletzt von der EU-Kommission

angekündigte Verschiebung der EU-Entwaldungsverordnung kann nur ein erster Schritt sein. Das reicht nicht aus; es braucht eine fundamentale inhaltliche Überarbeitung dieser Verordnung. Am besten wäre es, wenn diese EU-Entwaldungsverordnung gänzlich abgeschafft werden würde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sonst werden die Bürokratiebelastungen für unsere Waldbesitzer und Landwirte immens höher werden, und dies, obwohl es gar keine Entwaldung in Bayern gibt. Nein, gerade der Wald wird in Bayern nachhaltig über Generationen hinweg bewirtschaftet. Auch die bayerische Wirtschaft würde unter der EU-Entwaldungsverordnung leiden.

Lieber Steffen Vogel, lieber Walter Nussel, auch wir sind diesbezüglich in engem Austausch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion steht fest an der Seite der bayerischen Land- und Forstwirtschaft. Die Land- und Forstwirte sind in so vielen Bereichen unsere wichtigen Partner. Wir wissen und schätzen sehr, was diese tagtäglich leisten. Wir werden uns weiterhin für verlässliche Rahmenbedingungen auf allen politischen Ebenen einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Manne für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Manne (AfD): Frau Högl, Sie haben jetzt eine typische CSU-Sonntagsrede zum Thema Landwirtschaft gehalten. Die Wahrheit sieht aber anders aus: Sie haben in den letzten 20 Jahren fast durchgängig das Landwirtschaftsministerium auf Bundesebene besetzt. Woher kommen diese Vorschriften, derer es zu viele gibt, die viel zu engmaschig sind und die die Landwirte belästigen? – Die sind nicht vom Himmel gefallen. Die hat die CSU im Wesentlichen auf EU-Ebene miterfunden. Sie sind auf EU-Ebene in den letzten Jahren immer mit den GRÜNEN und den Sozialisten

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Quatsch!)

im Bündnis gewesen. Sie könnten das, wenn Sie wollten – das wissen Sie auch –, sofort beenden, wenn Sie da andere Koalitionspartner hätten; aber Sie sollten nicht so tun, als wollten Sie hier irgendetwas ändern. Sie wissen ganz genau, dass das Korsett, das die EU vorgibt, es fast unmöglich macht, hier etwas zu bewegen. Das ist einfach eine heuchlerische Rede, die Sie gehalten haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Redezeit!)

Ich muss es leider so klar sagen:

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Redezeit!)

Sie werden kaum etwas bewegen können, wenn Sie sich auf EU-Ebene –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, – –

Gerd Mannes (AfD): – nicht andere Koalitionspartner suchen.

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat die Kollegin Högl das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Mannes, mit wem wir in Europa koalieren oder nicht koalieren, das lassen Sie schon einmal unsere Sorge sein.

Dann möchte ich auch ganz klar sagen: Wir haben mit der EVP nicht die Mehrheit im Europäischen Parlament; aber vielleicht wissen Sie das nicht, weil Sie sich darüber nicht so gut informieren.

Zum Zweiten stehen wir ganz klar an der Seite unserer bayerischen Landwirte.

(Gerd Mannes (AfD): Das stimmt doch nicht!)

Schauen Sie, in Bayern gibt es 100.000 Betriebe, so viele gibt es sonst nirgendwo in Deutschland. Das ist die Mehrzahl. Wir stehen nach wie vor für unsere bäuerliche Landwirtschaft und für unsere Familienbetriebe. Da können Sie sagen, was Sie wol-

len. Der Kollege Stadler weiß nicht einmal, wie man einen Schnittzeitpunkt festlegt und worauf man dabei achten muss. Ich erinnere an die letzte Sitzung. Das möchte ich auch einmal sagen. Da frage ich mich, wer fachlich gut drauf ist und wer nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat der Kollege Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen des Bayerischen Landtags! Liebe Frau Kollegin Högl, war das jetzt ein Bericht oder eine Auflistung von Punkten, die Sie nicht auf die Reihe bringen? – Meine Damen und Herren, wer heute noch glaubt, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER in der Lage sind, diesen Freistaat zu regieren,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gott sei Dank wir und nicht Sie!)

der ignoriert die Realität.

(Widerspruch bei der CSU)

Uns wird heute blander Unsinn präsentiert. Das ist ein Armutszeugnis für eine Regierung, die sich selbst auffordert, endlich das zu tun, wofür sie ohnehin verantwortlich ist. Das muss man sich einmal vorstellen. Wenn eine Regierung sich selbst auffordern muss, ihre Arbeit zu erledigen, dann zeigt das nur eines: Sie hat versagt.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie fordern sich auf, in Brüssel und Berlin für eine bessere Agrarpolitik zu kämpfen, und schauen zu, wie der Markt mit billigem Weizen aus der Ukraine überschwemmt wird, der mit Pestiziden belastet ist, die in der EU längst verboten sind. Das ist kein

Schutz für unsere Landwirtschaft und unsere Verbraucher. Das sind ebenso hohle Phrasen wie Ihre Forderungen in der Migrations- und Grenzpolitik.

(Beifall bei der AfD)

Eine Staatsregierung, die sich selbst auffordert, aktiv zu werden, ist wie ein Bauer, der seinem Ochsen die Peitsche in die Hand drückt und sich dann wundert, warum der Karren nicht aus dem Dreck kommt. Wer soll Sie denn noch ernst nehmen?

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

In Ihrer peinlichen Selbstinszenierung sprechen Sie davon, einkommenswirksame Förderungen für die Landwirte zu schaffen;

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

doch die Realität sieht anders aus: In Wahrheit versuchen Sie, sich mit diesen Schutzgeldern die aufgebrachten Landwirte vom Leib zu halten. So sieht es aus.

(Petra Högl (CSU): So ein Käse!)

Täusche ich mich oder hat nicht gerade die CDU/CSU über viele Jahrzehnte die Agrarminister gestellt und diese EU-Agrarpolitik maßgeblich mitgeprägt, die Sie jetzt kritisieren? Glauben Sie wirklich, unsere Bauern lassen sich durch lächerliche Zahlungen ruhigstellen? – Dann haben Sie von den Bauerndemos überhaupt nichts dazugelernt. Die Landwirte haben Sie doch längst durchschaut, meine Damen und Herren. Da wollen Sie auch noch die EU-Entwaldungsverordnung abschaffen? Man fragt sich wirklich, warum? Liegt es vielleicht daran, dass Sie den Weg für billig geschlagenes Holz aus der Ukraine freimachen wollen? Während Sie sich hier als Beschützer des bayrischen Waldes inszenieren, öffnen Sie gleichzeitig das Tor für den Ausverkauf, und das alles, während in der Ukraine die illegale Abholzung drastisch zunimmt. Anstatt nachhaltige Lösungen zu fördern, öffnen Sie den Markt für minderwertige Produkte und merken nicht, dass Sie dabei unsere Bauern in den Ruin treiben.

Übrigens frage ich mich: Wenn Sie die kleinstrukturierte Landwirtschaft fördern wollen, warum haben Sie dann unsere Antragsreihe zum Erhalt kleinbäuerlicher Landwirtschaft komplett abgelehnt?

(Zuruf: Weil es ein Schmarrn war!)

Die AfD lehnt diesen Antrag entschieden ab. Wir und die Bürger in Bayern haben genug von dieser peinlichen Show. Die Bürger verdienen eine Regierung, die Verantwortung übernimmt und handelt; sie verdienen keine Regierung, die sich selbst ermahnen muss, weil sie uneinig und unfähig ist, das zu tun, wofür sie ohnehin zuständig ist. Wir von der AfD sind bereit, den Karren aus dem Dreck zu ziehen und den Freistaat wieder auf Kurs zu bringen, und zwar ohne Ausreden und ohne Täuschung, sondern mit klaren und verantwortungsvollen Lösungen. So schaut es aus.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Das ist lächerlich! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Petra Högl.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr Stadler, ich bin über Ihre Ausführungen, Formulierungen und Darbietung erstaunt; denn das war jetzt keine sachliche Rede, sondern es waren einfach so dahergeredete Sätze.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig! Polemisiert!)

Ich möchte konkret werden: Erstens. Sie sagen, dass wir EU-Programme für die bayerische Landwirtschaft nicht selbst gestaltet haben, nicht umgestaltet haben oder nicht richtig gestaltet haben. Sie als AfD wollen, dass Deutschland ganz aus der EU austiegt. Wie erklären Sie den Landwirten, dass sie in einem solchen Fall keine Fördergelder der EU mehr bekommen? Deutsche und bayerische Landwirte exportieren viele qualitativ hochwertige Produkte zollfrei in andere EU-Mitgliedstaaten. Wohin sollen

diese Produkte im Falle eines Austritts Deutschlands aus der EU sonst exportiert werden? Wie erklären Sie das den Landwirten?

Zweitens habe ich eine Frage zur EU-Entwaldungsverordnung. Stehen Sie denn nicht mit Forstwirten in Kontakt, die Ihnen genau sagen, dass diese Entwaldungsverordnung sie bürokratisch massiv beeinträchtigt? Sie wissen nicht, wohin sie das Holz liefern sollen usw. Was sagen Sie diesen bayerischen Forstwirten?

(Beifall bei der CSU)

Ralf Stadler (AfD): Liebe Frau Högl, anscheinend wissen Sie in der CSU nicht, was die rechte und was die linke Hand macht. Fragen Sie Herrn Weber. Und überhaupt machen Sie hier eine Show!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer macht hier die Show? – Nicht wir!)

Genau dasselbe macht Frau Kaniber mit ihrem Praktikerrat. Da wird sie vorgeführt.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sollten anständig antworten!)

Wissen Sie was? Sie sind in der Staatsregierung. Machen Sie etwas! Sie geben sich aber selbst einen Tritt in den Hintern und fordern sich mit einem Antrag selbst auf. Frau Högl, das ist doch ein Armutszeugnis! Bitte schön.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben inhaltlich null beigetragen! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Inhalte geliefert! – Weitere Zurufe von der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, war es das?

Ralf Stadler (AfD): Ja, tschüss.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Mia Goller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor ein paar Tagen hat die Deutsche Presseagentur eine kleine Meldung herausgegeben: CSU-Chef Markus Söder will das Bundeslandwirtschaftsministerium für seine Partei beanspruchen. Ich habe mir gedacht: Oha, das wird heute eine lustige Plenarsitzung. – Irgendwie muss Herr Söder jetzt in der Bundespolitik ins Gespräch kommen. Hier ist jetzt der besagte Antrag, mit dem sich die CSU und die FREIEN WÄHLER selbst dazu auffordern, dafür zu sorgen, dass sich die deutsche und europäische Agrarpolitik und vor allem die Presse wieder mal mehr um Bayern kümmern. Das Wort "Schaufensterantrag" hat selten so gut gepasst wie zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird mehr Geld vom Bund gefordert, und gleichzeitig kürzt die bayerische Landwirtschaftsministerin Jahr um Jahr massiv beim Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm und streicht ganz aktuell sinnvolle Maßnahmen wie den Humusaufbau.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch! Es wird doch erhöht!)

Sie müssen mal Zeitung lesen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja, ja! Lesen Sie lieber die Inhalte! – Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Die Ernährungssicherheit haben wir alle zum Ziel. Dazu gehören auch Umweltleistungen und ein mutiger Klimaschutz; denn nur in einer intakten Natur können Landwirten und Landwirte eine reiche Ernte einfahren. Biodiversität sichert unsere Erträge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Förderungen und Forderungen: Der Praktikerrat hat sich eindeutig dafür ausgesprochen, die Fördergelder aus dem EU-Agrarhaushalt an qualifizierte Leistungen zu binden. Das ist sehr vernünftig. Das taucht in diesem Antrag nicht auf, was wirklich

schade ist. Natürlich müssen wir die Fördergelder nach Gemeinwohlleistungen und nicht nach Flächenbesitz weiterverteilen.

Jetzt zum Bürokratieabbau: Ich frage mich, wo die CSU in den vielen Jahren gewesen ist, in denen sie dank sicherer Mehrheiten Bürokratie problemlos hätte abbauen können. Die CSU hatte doch alle Möglichkeiten, die Landwirtschaft in Bayern, im Bund und mit Herrn Weber als Chef der EVP auch von Brüssel aus in der ganzen EU von der Bürokratie zu befreien. Warum wurde das nicht erledigt, wenn es so einfach ist, wie im Antrag dargestellt wird: Antrag stellen, Mehrheit nutzen, Bürokratie abschaffen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Eric Beißwenger (CSU))

Meine Kolleginnen und Kollegen, so einfach ist es eben leider nicht.

Jetzt wird es ganz hart. In Berlin passiert nämlich etwas, was die CSU offenbar fassungslos macht: Es wird nämlich für die Landwirtschaft ständig Bürokratie abgebaut.

(Alexander Flierl (CSU): In welcher Hinsicht abgebaut? Spannender Ansatz! Das glauben Sie doch selber nicht!)

Auf der Homepage ist es auch ganz transparent dargestellt. – Herr Kollege Flierl, Sie können das googeln, was die GRÜNEN jetzt ganz ohne Hilfe der CSU umgesetzt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

– Ich höre, da hat jemand eine Nachfrage. Ich nenne ein paar Dinge: die Erleichterungen bei den Hauptfruchtarten und für Dauerkulturen auf kohlenstoffreichen Böden, die deutliche Reduzierung bei den Vorgaben für Blühstreifen, das große Plus an Flexibilität bei den Brachen, der Verzicht auf starre Datumsvorgaben bei Mindestbodenbedeckung usw. Ich könnte lange so weitermachen. Sie können das gerne nachlesen.

Dann kommt natürlich das Ohrmarkerl, das jetzt endlich nicht mehr doppelt angebracht sein muss. Das sind doch einige Punkte, von denen auch die bayerische Land-

wirtschaft profitiert. Sie wurden angepackt und umgesetzt, und zwar von einem Bundesumweltminister der GRÜNEN, von Cem Özdemir.

(Beifall bei den GRÜNEN – Petra Högl (CSU): Weil der Druck so groß war! – Lachen der Staatsministerin Michaela Kaniber)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Tatsache ist die Aussage von Ministerpräsident Söder, dass es für eine Übernahme des Bundeslandwirtschaftsministeriums durch die CSU Zeit wird, meiner Meinung nach für die Bäuerinnen und Bauern eher eine Drohung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Dieser Antrag soll nur dazu dienen, die CSU irgendwie ins Gespräch zu bringen, was meiner Meinung nach überhaupt keine Dringlichkeit hat. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Tanja Schorer-Dremel vor.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Werte Kollegin, ein bisschen hört sich Ihre Rede an wie: Ich male mir die Welt, wie sie mir gefällt. – Wir wollen hier aber wieder zurück zu den Fakten kommen. Deswegen bemerke ich erstens: Ihre Behauptung, wir würden das Kulturlandschaftsprogramm kürzen, stimmt nicht. Zwischen Veränderungen von Programmen, die die EU vorschreibt, und tatsächlichen finanziellen Kürzungen ist doch ein Unterschied. Deswegen bitte ich Sie darzulegen, woran Sie festmachen, dass die Bayerische Staatsregierung das KULAP kürzen würde.

Zweitens. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass unsere Landwirte zur Pflege der Kulturlandschaft und zur Biodiversität beitragen. Wie erklären Sie sich sonst die drastischen Rückgänge bei den Wahlergebnissen für die GRÜNEN durch die Landwirte?

Mia Goller (GRÜNE): Meines Erachtens sind die Wahlverluste gar nicht so dramatisch. Wir werden jetzt daran arbeiten, dass sie sich ändern.

Zum KULAP: Wenn ich Ministerin wäre, könnte ich mich umdrehen und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fragen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU)): Sie sind Abgeordnete und behaupten hier etwas!)

Ich kann Ihnen jetzt sagen, dass nach der Zahl, die mir vorliegt, die Reduzierung seit dem Jahr 2018 5 Millionen Euro beträgt. Ich reiche Ihnen das aber gerne nach, weil ich es jetzt nicht schriftlich vorliegen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Au weh! Den Mund voll nehmen und dann nicht liefern können! Das ist echt bitter! Mei o mei!)

– 5 Millionen Euro. Schauen Sie nach!

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen haben wir Erntedank gefeiert. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, allen Bäuerinnen und Bauern für ihre Arbeit zu danken, die sie an 365 Tagen im Jahr leisten. Dafür erhalten unsere Landwirte auch Zuschüsse. Sie erhalten Zuschüsse aus den Fördertöpfen, die gerecht verteilt werden müssen, keine Schutzgelder.

(Beifall bei der SPD)

Die Deutsche Bischofskonferenz ist in Sachen Landwirtschaft unserer Meinung. Das hat sie in ihrem Papier vor einigen Tagen deutlich gemacht; denn nachhaltige Agrarpolitik ist nicht allein eine wirtschaftliche Frage. Sie hat auch eine moralische Verantwortung gegenüber den Menschen, der Umwelt und gegenüber zukünftigen Generationen. Die CSU blendet in ihrem Antrag völlig aus, dass die bayerische Landwirtschaft

nicht isoliert von der EU existiert. Die CSU verlangt einkommenswirksame Förderungen und möchte, dass die EU diese weiterhin ausschließlich leistungsbasiert vergibt. Da stellt sich mir die Frage, welche Leistungen denn da zählen sollen. Bisher war es die Auffassung, dass es schon eine förderwürdige Leistung sei, viel Fläche zu haben. Wir von der SPD wollen aber keine Agrarpolitik, die nur den größten Betrieben zugutekommt und die dazu führt, dass landwirtschaftliche Flächen zum Spekulationsobjekt verkommen.

(Beifall bei der SPD)

Der designierte EU-Kommissar Christophe Hansen gibt Anlass zur Hoffnung, dass EU-Förderungen in Zukunft nicht mehr nur nach Fläche, sondern nach Leistung vergeben werden. Davon würden Bayerns Bauern mit ihren vergleichsweise kleinen Betrieben profitieren.

Bei der Ernährungssicherung müssen wir uns im Hinblick darauf ehrlich machen, wo wir Defizite haben. Wir produzieren in Bayern nicht zu wenig Fleisch. Der Selbstversorgungsgrad an Obst und Gemüse müsste dagegen ausgebaut werden.

Der Ruf der CSU nach Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung geht an den Bedürfnissen unserer Zeit vorbei. Ich erinnere an unsere Reise mit dem Umweltausschuss nach Rumänien. Dort konnten wir sehen, was passiert, wenn der Wald nicht unter Naturaspekten, sondern nur unter Vermarktungsgesichtspunkten betrachtet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Waldschutz und Entwaldungsvermeidung sind ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Zum Ende kommen Sie in Ihrem Antrag noch auf die roten Gebiete zu sprechen. Das ist hier völlig fehl am Platz. Für den mangelnden Ausbau der Messstellen in Bayern sind Sie alleine verantwortlich. Sie haben Ihre eigenen Vorgaben im letzten Koalitionsvertrag schon nicht erfüllt, und jetzt steht diese Forderung wieder im Koalitionsvertrag. Der Wirtschaftsminister hier im Haus macht im Rausch des Bierzelts besoffene Ratten

dafür verantwortlich. Allen Ernstes: Nein, so ist es nicht. Machen Sie doch zuerst einmal selbst Ihre Hausaufgaben und bauen Sie das Messstellennetz auf, bevor Sie irgendwo anders hinzeigen; denn das würde die Landwirte, die wasserschonend, ökologisch und nachhaltig arbeiten, entlasten.

Unsere Bundesregierung packt an, die Landwirtschaft und die Kleinbetriebe zu entlassen. Jetzt ist der Ball bei Ihnen, dass Sie dasselbe tun. Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Kollegin Petra Högl hat noch eine Zwischenfrage.

Petra Högl (CSU): Liebe Kollegin Ruth Müller, ich hätte jetzt schon eine Frage dazu. Du hast gesagt, dass die Landwirte in Bayern in der Form, wie sie jetzt wirtschaften, nicht zur Biodiversität und auch nicht zur Wertschöpfung beitragen. Sie würden also quasi nur wirtschaften, damit sie Geld verdienen. Ich glaube, das kann man von unseren bayerischen Bauern auf gar keinen Fall sagen; denn sie wirtschaften so, dass die Böden, die Äcker und Wälder auch für die nachkommenden Generationen noch gut in Takt sind. Ist das auch deine Einschätzung, was du soeben kundgegeben hast?

Das andere: Du sprichst das Düngemonitoring an. Das ist schon ein erheblich wichtiger Punkt bei der Umsetzung der Düngeverordnung; denn es ist ganz klar eine Forderung, dass wir endlich die einzelbetriebliche Betrachtung umsetzen können, weil dann Landwirte, welche in roten Gebieten die Vorgaben einhalten, gut wirtschaften können. Wenn du dem auch nicht zustimmst, überrascht mich das.

Präsidentin Ilse Aigner: Das wäre es dann. – Frau Kollegin Ruth Müller, bitte.

Ruth Müller (SPD): Liebe Kollegin Petra Högl, ich habe meine Wertschätzung für die Bäuerinnen und Bauern gleich am Anfang meiner Rede zum Ausdruck gebracht, indem ich ihnen im Nachgang zum Erntedankfest für ihre Arbeit gedankt habe. Ich habe lediglich die Deutsche Bischofskonferenz zitiert, die dazu ermahnt hat, Landwirt-

schaft nicht nur unter wirtschaftlichen Bedingungen zu sehen, sondern auch moralische, ethische und umweltpolitische Aspekte einzubeziehen, die für die künftigen Generationen auch wichtig sind.

Ich habe zitiert, was die Deutsche Bischofskonferenz uns allen als Politikerinnen und Politikern, die sich für Landwirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Klimapolitik und Sozialpolitik einsetzen, in das Stammbuch geschrieben hat. Das ist ja heute auch noch einmal bestätigt worden, dass die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrem Papier durchaus den Finger in die Wunde gelegt hat.

Zum Thema Düngeverordnung bei den Messstellen: Ihr habt das vor sechs Jahren schon – –

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, das können Sie jetzt leider nur noch bilateral ausdiskutieren, da die Redezeit zur Beantwortung abgelaufen ist.

Ruth Müller (SPD): Was ist los?

Präsidentin Ilse Aigner: Die Zeit zur Beantwortung ist abgelaufen. Sie müssen das bilateral klären.

Ruth Müller (SPD): Das ist aber schade.

Präsidentin Ilse Aigner: Ja, das ist schade, aber so ist es.

Ruth Müller (SPD): Also, setzt einfach euren Koalitionsvertrag um, dann haben Landwirte auch Platz für die – –

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsidentin Ilse Aigner: Das machen Sie bilateral aus. – Jetzt hat der Kollege Nikolaus Kraus für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer! In der vergangenen Zeit haben wir einen ganz schönen Rundumschlag

gehört. Gleich einmal zur Kollegin Ruth Müller: Ich darf mich auch bedanken bei den Bauern. Erntedank bedeutet, es ist nicht alles von Menschenhand gemacht. Der Herrgott gehört in Bayern besonders dazu; aber ich lege den Finger auch ein wenig in die Wunde: Das Papier, das von der Bischofskonferenz gekommen ist, war nicht ganz in Ordnung. Man lernt einfach nicht dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vor gefühlten 30 Jahren war in meiner bescheidenen Gemeinde eine Eröffnung von Misereor. Das Hilfswerk hat zusammen mit den Bund Naturschutz ein Papier herausgebracht. In Bezug auf die Landwirtschaft war die Kernaussage vor 30 Jahren: Die Bauern vergiften den Boden, die Lebensmittel, das Wasser, einfach alles. Nehmt es nicht persönlich, aber wenn ich die meisten meiner Mitbürger ansehe, dann sehen sie nicht unterernährt aus, im Gegenteil. Ja, mir geht es auch so.

Wie hat einmal ein berühmter bayerischer Mensch aus der Landwirtschaft gesagt? – Die Landwirtschaft hat nach dem Krieg den Auftrag bekommen, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Wir haben seit Menschengedenken erstmals den Luxus, dass wir zu viele Lebensmittel haben. Für unsere Eltern und unsere Großeltern waren die Lebensmittel noch wertvoll. Sie haben sie gebraucht und auch geachtet und geschätzt. Jetzt gibt es leider das Wort "Lebensmittelverschwendug". Warum? – Die Landwirtschaft hat den Auftrag, die Bevölkerung mit Eiweiß, mit Mehl, mit Proteinen, mit Fleisch zu versorgen, und das hat die Landwirtschaft leider zu gut erfüllt. Deswegen gibt es zum Teil Überproduktion.

Weil ich auch ein ausgebildeter, gelernter Bauer bin, darf ich sagen: Wenn wir die letzten 30 Jahre so gearbeitet hätten, wie es prophezeit worden ist, dann wären wir heute alle nicht mehr hier. Das alleine zeigt es schon. Es war halt ein bisschen unglücklich, wie das formuliert wurde, und ich kenne viele Pfarrer und Bischöfe, die sich von der Aussage in diesem Papier distanzieren. Aber jeder von uns weiß: Ab und zu wird ein

Papier veröffentlicht, das nicht in unserem Sinne ist, und das war eben so. Ich glaube, das bringen wir wieder auf die Reihe.

Wenn ich schon bei der Kirche bin: Was war im Jahr 2019? – Moderner Ablasshandel! 1,8 Millionen Bayern haben beim Volksbegehren "Artenvielfalt" unterschrieben. Wer hat seine Lebensweise geändert? Wer kauft diese Biolebensmittel, die er damals gefordert hat?

(Einige Abgeordnete heben die Hand)

– Gut, dir glaube ich es sogar.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Nehmen wir uns doch bei der eigenen Nase: Da wäre viel Luft nach oben. Ich habe leider nicht so viel Zeit. Wir müssen wirklich wieder zurückkommen zur Ernährungssicherheit.

Wir haben eine schwierige Zeit hinter uns, sowohl die Pandemie als auch den Krieg in der Ukraine. Für uns war es so selbstverständlich, dass Lebensmittel immer und überall verfügbar sind. Wir haben das erste Mal erlebt, dass Regale leer waren. Das war für uns unvorstellbar. Wir haben vielleicht gejammt, wenn irgendein Lieblingsprodukt nicht verfügbar war. Jetzt braucht man aber wieder Ernährungssicherheit, die mit Energiesicherheit und Gesundheit für mich zu den drei wichtigsten Säulen im Leben eines Menschen gehört. Zur Ernährungssicherheit trägt nun einmal die heimische Landwirtschaft bei. Die Landwirte machen das gut und aus Überzeugung.

Vorher wurde den Bauern vorgehalten, sie würden Geld verdienen. Logisch muss ein Bauer Geld verdienen. Ein Bauer ist ein Unternehmer. Er möchte und muss seine Familie ernähren, und er muss auch investieren. Die meisten anderen Unternehmer, die die Unternehmenskennzahlen eines Bauern anschauen, die Verzinsung des eingesetzten Kapitals, was die Bauern verdienen und was sie für einen Stundenlohn haben,

Mindestlohn etc., würden es sein lassen. Bauer ist man aus Berufung, Landwirt aus Leidenschaft.

Wir machen das seit Generationen. Der Boden ist das wichtigste Kapital, das der Bauer hat. Unsere Böden sind ertragsfähig, wenn sie gut behandelt werden. Andernfalls hätten wir nicht diese guten Erträge, die wir momentan haben. Früher haben wir 40 Zentner Weizen vom Tagwerk weggefahren. Darüber lacht man heute. Natürlich gibt es auch neue und mehr Sorten. Energie hat die Landwirtschaft auch immer erzeugt; auch das ist ein Bestandteil von ihr.

Es sind auch die Fördergelder angesprochen worden: Jeder würde gerne auf Fördergelder verzichten, wenn es möglich wäre; aber nach dem Agrarbericht stammt leider ein Großteil der Betriebseinkommen aus diesen Fördergeldern, weil man oft dem Weltmarkt unterliegt. Die normalen Weltmarktpreise stellen es nicht sicher, dass ein Bauer von seinem Grund und Boden, vom Bewirtschaften seiner Felder leben kann. Früher war ein Bauer mit 100 Tagwerk oder 100 Hektar Getreide ein gemachter Mann. Heute könnte er davon nur noch zur Imbissbude gehen.

Die sieben Punkte werden von uns natürlich unterstützt. Sie sind alle sehr wertvoll. Was mir besonders gefallen hat: fachfremde Hürden. Abgesehen vom Fußballplatz ist, glaube ich, die Landwirtschaft der Bereich, in dem es die meisten "Spezialisten" in Deutschland gibt. Jeder kennt sich vermeintlich aus, nur nicht die, die diesen Beruf gelernt haben. Diesen fachfremden Leuten läuft man nach. Das tut mir persönlich leid; aber leider ist es in der Politik oft so, dass man den Lauten nachläuft und nicht den Sachlichen.

Zusammenfassend: Wir stimmen den sieben Punkten zu. Im Landwirtschaftsausschuss werden wir einige Themen noch einmal behandeln. Ich bedanke mich für den Antrag, weil der mehr als überfällig war. Die Landwirtschaft gehört wirklich wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Zustimmung im Nachgang zu den Bauern-

protesten zeigt, dass die Bauern bei der Bevölkerung momentan gut dastehen. – Viele Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend hat die Staatsministerin Michaela Kaniber das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Agrarpolitik steht an einem absoluten Wendepunkt. In Brüssel wird noch in diesem Jahr eine neue Kommission ihr Amt antreten. Wir werden mit Christophe Hansen einen neuen Agrarkommissar bekommen, der sowohl die praktische Landwirtschaft als auch die Entscheidungsverfahren in Brüssel in- und auswendig kennt, und er kommt aus der EVP-Fraktion. Dafür sind wir sehr, sehr dankbar. Ich würde sagen, das ist schon ein kleiner Vertrauensvorschuss.

Auf der anderen Seite erleben wir in Berlin die Ampel in ihrer Endzeitphase. Meine ehrliche Hoffnung ist, dass in Berlin jetzt möglichst wenig entschieden wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jeden Tag eine neue Hiobsbotschaft: beim Tierschutzgesetz, beim Tierhaltungskennzeichnungsgesetz oder auch beim Düngerecht! Ich stelle fest: Vieles, was wir in Bayern für unsere Bäuerinnen und Bauern seit Jahren gefordert haben, ist mittlerweile Realität geworden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es täte gut, wenn man öfter und schneller auf Bayern hört.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das fängt bei der verpflichtenden Stilllegung von 4 % des Ackerlands an. Für mich ist das ein ganz wichtiger Hinweis. Angesichts der Tatsache, dass wir Kriege und Han-

delskriege haben, darf man das alte Instrument der Flächenstilllegungen nicht aufrechterhalten.

Die unsäglichen und nicht mehr beherrschbaren Detailvorgaben der jetzigen GAP muss man jetzt in Angriff nehmen und für 2025 Erleichterungen schaffen. Im Dürge recht soll die überflüssige Stoffstrombilanz zumindest außer Kraft gesetzt werden. Wir warten da auf Bundesminister Özdemir; er will, Lemke lässt ihn nicht.

Was man Frau Bundesumweltministerin aber lassen muss: Beim Thema Wolf hat sie erkannt, dass es fünf nach zwölf ist. Sie hat zugesagt, die Absenkung des Schutzstatus in der Berner Konvention möglich zu machen. – Aber siehe da: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es ist kein Aufruf an uns selbst, ganz im Gegenteil. Warum sind die Themen und Punkte, die wir seit Jahren fordern, in Berlin und Brüssel angepackt worden? – Ja, man kann sagen, die Kraft des Faktischen und Praktischen trägt früher oder später den Sieg über pure Ideologie davon – weil das vernünftig ist, weil die Faktenlage uns recht gibt

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und vielleicht auch, weil die Wählerinnen und Wähler in den ostdeutschen Ländern die Ampel gnadenlos und knallhart abgewählt haben.

Ja, wir stehen in der Agrarpolitik an einem Wendepunkt. Liebe Frau Kollegin, diesen günstigen Umstand gilt es jetzt zu nutzen. Ich bin deshalb meiner CSU-Landtagsfraktion für diesen Dringlichkeitsantrag dankbar, weil just in den nächsten Tagen und Wochen wieder Geschichte geschrieben wird: Das bedeutet den Anspruch zu einer wirklich zukunftsfähigen gemeinsamen Agrarpolitik in Europa. Jetzt werden in Brüssel die Weichen gestellt. Jetzt müssen wir mahnend einschreiten. Wir brauchen Berlin natürlich dazu, können uns auf Sie aber leider nicht verlassen.

Es ist deshalb wichtig, dass wir auf einige Aspekte eingehen und diese auch ganz klar benennen: Die GAP bis 2027 ist für die Bauernschaft, aber gleichermaßen für die Ver-

waltung zu einem Ding der absoluten Unmöglichkeit geworden. Alle haben das erkannt. Deshalb ist schon vor der Europawahl einiges abgeräumt worden: Ich habe die schon Zwangsstilllegungen genannt. Wir haben Erleichterungen für die Betriebe bis zehn Hektar und Erleichterungen bei den unüberschaubaren Bewirtschaftungsterminen bekommen.

Genau das ist der richtige Weg. Wir sind aber bezüglich der künftigen GAP 2028 noch lange nicht am Ziel. Sie muss wieder praxistauglich werden. Sie muss übersichtlich und unbürokratisch werden; denn wenn die Frustration einmal über die Motivation besiegt hat, werden unsere Landwirte aufhören. Die Hoffnungen werden zugehen. Machen wir uns nichts vor: Jede Stalltür, die einmal zu ist, geht nicht mehr auf.

Natürlich soll die GAP 2028 auch in Zukunft auf den Schutz der Umwelt, des Klimas und vor allem auch auf das Tierwohl ausgerichtet sein. Wir müssen auch den Erwartungen der Gesellschaft wieder gerecht werden. Das ist alles gar keine Frage.

Was aber definitiv nicht geht, ist die Einführung einer Agrarsozialpolitik. Es darf nicht dazu kommen, dass EU-Mittel in Richtung vermeintlich ärmerer Länder gelenkt werden; dort sind die Lebenshaltungskosten, die Betriebskosten und die Löhne weit niedriger. Es hat den Anschein, man unterstütze hier eine Art Bürgergeld für die GAP. Das darf nicht kommen, und wir werden das auch nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich hat die GAP viele Funktionen. Natürlich geht es auch ums Gemeinwohl. Natürlich braucht es öffentliche Unterstützung des Gemeinwohls. Vergessen wir aber bitte nicht, was der zentrale Punkt ist. Der zentrale Punkt ist die Schaffung von Ernährungssouveränität in Europa. Wir müssen unsere Bauernschaft und unsere Ernährer ernst nehmen. Wir nehmen sie auf Augenhöhe mit. Das ist es, was Berlin eben nicht kann. Das genau ist der feine Unterschied. Wegen Ihnen sind Abertausende von Bauern auf die Straße gegangen. Meine sehr geehrten Damen und Herren von GRÜNEN

und SPD, das Einzige, was von Ihnen gekommen ist, war pure Ignoranz und Arroganz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern gehen die Uhren einfach anders, nämlich richtig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oje!)

Wir haben den Praktikerrat einberufen.

Liebe Frau Kollegin Goller, man muss schon genau aufpassen, was man hier sagt.
Schauen Sie sich mal den Haushalt seit 2018, seitdem ich Ministerin bin, an.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau!)

Während in Berlin die Gelder permanent gestrichen werden, haben wir den Agrarhaushalt in den letzten Jahren um über 600 Millionen Euro auf knapp 2 Milliarden Euro gesteigert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Das gilt auch für die GAP. Allein beim KULAP haben wir seit 2020 eine Steigerung von 260 Millionen auf 337 Millionen Euro.

(Martin Wagle (CSU): Aha!)

Das hätte ich mir auch mal von Ihrem Bundesminister gewünscht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was im Praktikerrat beschrieben wurde, wurde auch im EU-Strategieplan beschrieben. Kernaufgabe der Landwirtschaft und Ziel der EU-Agrarpolitik muss ganz klar die Ernährungssouveränität bleiben. Ich habe es schon gesagt. Das ist Grundvoraussetzung auch für Frieden.

Achten wir bitte mal darauf, was Russland, China und andere große Staaten dieser Erde leisten. Alle treiben die Urproduktion von Lebensmitteln nach oben. Wir bleiben deshalb dabei: Unsere Agrarpolitik bedeutet natürlich, Umweltmaßnahmen darzustellen, aber die Urproduktion von Lebensmitteln hochzuhalten.

Natürlich geht es auch um die Existenzsicherung. Grundsätzlich muss es für die Zukunft gesichert sein, eine sogenannte qualifizierte Grundprämie einzuführen. Die Grundprämie muss unkompliziert sein und die Möglichkeit geben, vor allem fachfremden Vorschriften eine klare Absage zu erteilen. Die Grundprämie muss an wenige Auflagen gekoppelt sein. Es muss auch die Möglichkeit gegeben sein, dass wir unserer Bauernschaft mehr Vertrauen statt Misstrauen entgegenbringen. Ganz explizites Misstrauen gab es in den letzten Jahren durch die Ampel. Nur noch Verbote und Auflagen können es nicht sein, sie schnüren unseren Bauern die Luft zum Atmen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bleibe dabei: Es geht um den Erhalt der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. Für uns in Bayern ist gerade die Kleinstrukturiertheit ein Pfund. Genau sie gibt das Gesicht Bayerns ab. Wir stehen deswegen dazu, dass die ersten Hektare besser ausgestattet werden müssen. Ich stehe auch dazu, dass die Junglandwirte unterstützt werden. Die Landwirtschaft ist eine derart investitionsintensive Branche. Die Junglandwirte brauchen den Rückhalt, sie brauchen die Wertschätzung, sie brauchen aber auch finanzielle Hilfe und Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich darf an dieser Stelle auch einmal ganz deutlich werden. Liebe Frau Kollegin von den GRÜNEN, ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass wir vor allem die Agrarindustrie und die Großkonzerne in Zukunft mit nicht mehr so vielen Geldern bedenken. Ich habe dafür schon zwischen 2018 bis 2021 bezüglich der nächsten GAP gekämpft. Es waren Ihre GRÜNEN-Kollegen, die Degression und Kappung bei der Agrarindustrie, bei großen Investmentfonds ab-

gelehnt haben. Fragen Sie ruhig mal nach, wie das Ihr Kollege Vogel aus Brandenburg gesehen hat.

Vielleicht noch ganz kurz zum Thema KULAP: Es ist schon angesprochen worden, K33 wird nicht mehr aufgelegt. Wir müssen da aber sehr deutlich werden. Derzeit erleben wir, wie die EU-Kommission auch nur kleinste Überschreitungen der Zielvorgaben zur GAP in den Strategieplänen behandelt. Sie fordert von Deutschland aktuell sage und schreibe 18.263 Euro für geringfügigste Überschreitungen von Zielwerten in den Förderprogrammen zurück.

Wenn wir also beim KULAP nicht reagiert hätten! Ich kann nur sagen, K33 ist eine Maßnahme, die nach nur zwei Jahren schon über 1.000 % Zielerfüllung hat. Wenn das kein Erfolg ist! Es wäre deshalb grob fahrlässig gewesen, es darauf ankommen zu lassen, dass uns die Kommission auch hieraus eine Anlastung macht. Das ist mehr ein Schutz für die Bauernschaft und dafür, dass wir dieses Programm aufrechterhalten können.

Frau Kollegin Högl, liebe Petra, du hast das schon gesagt: Niemand fällt aus diesem Programm. Alle, die jetzt drin sind, werden natürlich auch weiterhin ordentlich bedient.

Zum Agrarpaket brauche ich, glaube ich, gar nichts zu sagen. Da dürfte die Enttäuschung auch auf Ihrer Seite liegen. Die Bauern und den ländlichen Raum mit über einer Milliarde Euro zu schröpfen und dann mal 50 Millionen Euro rüberzuschieben und zu glauben, dass die Bauernschaft damit zufrieden ist – was für eine bodenlose Frechheit, sage ich da nur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zwei Sätze noch. Einmal zur EUDR: Ich möchte auch da sehr deutliche Worte finden. Niemand von uns hat etwas dagegen, darauf zu achten, dass der Regenwald geschützt wird. Aber die europäischen Mitgliedstaaten einer Entwaldungsrichtlinie, also der Regelung zu entwaldungsfreien Lieferketten zu unterwerfen und unseren Landwir-

ten, unseren Waldbesitzern maximalen Druck und Bürokratie aufzubürden, ist kein guter Weg. Faktisch gibt es in Deutschland keinen Hektar illegal gerodeten Wald. Das mag für andere Länder stimmen, aber definitiv nicht für Deutschland.

Ich kann nur sagen: Diesen Waldverlust, den viele Szenarien aufzeigen, gibt es einfach nicht. Es ist auch ganz klar – das ist im Übrigen auch in einem Rechtsgutachten dargelegt worden –, dass es möglich ist, Länder gänzlich von diesen einzelbetrieblichen Auflagen auszunehmen. Deswegen bin ich der Meinung, dass man die EUDR nicht nur um ein Jahr verschieben sollte, was ja positiv ist, sondern mein Ziel wäre ehrlicherweise, dass man sie gänzlich aufhebt. Das wäre nur folgerichtig und für unsere Bauernschaft und Waldbauernschaft auch notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif für einen Neuanfang in der Agrarpolitik. Wir müssen auf die Reset-Taste drücken. Lassen Sie uns gemeinsam wegweisende Entscheidungen treffen, die nicht nur heute wirken, sondern vor allem auch der zukünftigen landwirtschaftlichen Generation die Stange halten.

Aus meiner Sicht ist das alles gar nicht so schwer. Packen wir es bitte an! Wir brauchen den Schulterschluss unserer Gesellschaft, aber auch der Landwirte. Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Dieses heutige Signal könnte natürlich auch gut nach draußen wirken. Haben Sie den Mut, stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu, damit sich in Berlin etwas tut, damit in Brüssel genau die richtigen Weichen gestellt werden – für eine starke bayerische Landwirtschaft, für eine nachhaltige Zukunft, aber vor allem für unser Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst der Kollege Gerd Mannes, AfD-Fraktion, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Frau Kaniber, so wie Sie das ausgeführt haben, kann man das natürlich nicht stehen lassen. Sie haben viel auf Berlin geschimpft. Wissen Sie, von den sieben Landwirtschaftsministern in den letzten zwanzig Jahren waren fünf von der CSU. Ich sage Ihnen, die haben genauso viele Verbote und Einschränkungen erfunden wie ihre Kollegen von den GRÜNEN und der SPD. So viel Unterschied ist da nicht. Das ist das Erste. Das kann man also nicht so durchgehen lassen.

Das Zweite ist: Sie haben richtig gesagt, dass die Landwirtschaft einen ganz großen strategischen Wert hat. Das ist die eigene Ernährung. Nur haben Sie dafür in der letzten Legislatur auch nichts geleistet. Sie haben "Rettet die Bienen!" durchgewunken. Das hat mit Sicherheit nicht dazu beigetragen, dass die Ernährungssicherheit in Bayern besser geworden ist. Auch das, was aus Europa kommt, der Green Deal, vieles, an dem die CSU mitgearbeitet und dem sie zugestimmt hat, wirkt doch gegen die Landwirte in Bayern.

Sie müssen doch mal einsehen,

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Ich?)

dass Ihre Politik in Brüssel –

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit, Herr Kollege.

Gerd Mannes (AfD): – auch die deutschen und bayerischen Landwirte extrem einschränkt. Ich verstehe nicht, dass Sie so einen Showantrag dazu machen.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Lieber Herr Mannes, ich habe vollstes Verständnis für Sie, dass Sie sich immer wieder mal melden. Ich habe gehört, dass Sie nie für Ihre Fraktion sprechen dürfen. Dann nimmt man sich halt so das Rederecht.

Sie müssen jetzt schon mal ganz genau aufpassen: Sie führen dieses Argument ja immer wieder ins Feld. Die letzten zwanzig Jahre – schauen Sie einfach mal in der Liste nach – war das zentrale Ministerium für die Landwirtschaft im Bund welches? – Das war nämlich vor allem das Umweltministerium. Das war stets geführt von Rot-Grün. Es gab lediglich eine Legislatur, in der Röttgen und Altmaier Umweltminister waren. Das war eine kurze, aufflackernde Phase. Sonst gab es das leider nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn es um die Ernährungssouveränität in Bayern geht, lieber Herr Mannes, dann sollten Sie als bayerischer Abgeordneter eigentlich schon wissen, dass wir in unseren Versorgungsgraden verdammt stark sind. Das ist einzig und allein auch der bayerischen Agrarpolitik, meinen Vorgängern und dem bayerischen Weg zu verdanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es folgt die Kollegin Ruth Müller, SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, wofür steht denn eigentlich das "S" in der CSU? Die Frage habe ich mir bei Ihrer Rede jetzt schon gestellt. Wenn ich Ihnen genau zugehört habe, wollen Sie in der künftigen EU-Agrarpolitik wohl keine soziale Konditionalität haben. Das heißt aber auch, dass es Ihnen egal ist, unter welchen Bedingungen beispielsweise Wanderarbeiter in Spanien Tomaten anbauen, pflegen, pflücken, ernten. Ihnen ist es egal, ob die Menschen genug Geld verdienen, wenn sie in der Landwirtschaft arbeiten. Wer Respekt für die Arbeit der Landwirte fordert, der muss auch den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, Respekt entgegenbringen. Da ist es egal, ob das die Frau ist, die auf dem Gurkenflieger liegt, oder ob es eben der Schlachthofmitarbeiter ist, der die Schweine zerlegt. Das gehört alles zur sozialen Konditionalität dazu, dass es uns eben nicht egal sein kann, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird. Wenn Sie dann von Umverteilung und Bürgergeld reden,

haben Sie eben auch nicht verstanden, was eine soziale Politik in der Landwirtschaft wirklich bedeuten würde.

(Widerspruch bei der CSU)

Das hat im Übrigen auch die Deutsche Bischofskonferenz festgestellt, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit!

Ruth Müller (SPD): – dass eben dieses verengte Verständnis, das Sie als CSU in der Landwirtschaftspolitik haben, dazu beigetragen hat, dass die Landwirtschaftspolitik zu teuer, zu unausgewogen –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Müller!

Ruth Müller (SPD): – und zu unökologisch ist.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Liebe Frau Müller, es ist unglaublich schade, dass Sie nichts verstanden haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn heute europäische Gelder zur Umverteilung in die vermeintlich etwas schwächeren Regionen Europas gehen sollen, werden diese Gelder genau den Leistungsträgern in unserem Land fehlen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Ich habe es gesagt: Lohnkosten, Betriebskosten sind in anderen Ländern weit geringer.

Ich kann Sie natürlich verstehen. Sie verteidigen auch Ihr Bürgergeld,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war auch euer Bürgergeld! Ihr habt das doch mit beschlossen! – Thomas Huber (CSU): Nein, nicht so!)

aber wenn Sie nach den letzten Wahlergebnissen immer noch nicht verstanden haben, dass die Bürger das so nicht wollen und dass das eine maximale soziale Ungerechtigkeit ist, dann kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zum Abschluss noch Frau Kollegin Mia Goller.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen. Im Hinblick auf die Agrarindustrie können wir gerne mal zusammenarbeiten. Ich wollte einfach nur noch sagen, dass es mir nicht um den ganzen Haushalt ging. Ich habe vom KULAP gesprochen, dass es zu wenig ist.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Das stimmt nicht.

Mia Goller (GRÜNE): Aber wenn das mit den fünf Millionen nicht stimmen sollte, um die das zurückgegangen ist, bitte ich darum, die Zahlen auf der Homepage zu verändern, dann habe ich die falschen Quellen.

Sie haben heute ganz richtig gesagt, man soll die Bäuerinnen und Bauern mitnehmen. Meine Frage ist jetzt noch: Wie wurden denn die Biobauern in Bayern bei der Einstellung der Maßnahme K33 mitgenommen?

(Lachen der Staatsministerin Michaela Kaniber)

Wir haben jetzt sehr viel von der Presse gehört, und der Bund Naturschutz hat jetzt, während der Sitzung, wohl etwas herausgebracht. Wie ist denn das gelaufen? Das würde mich interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Wissen Sie, Frau Goller, ich finde das unglaublich super. Sie stellen genau die Fragen, auf die ich die passende Antwort geben kann. Als ob wir uns gut kennen würden und ich das bestellt hätte.

Glauben Sie mir, in den letzten fast sieben Jahren, seit ich Ministerin bin, war es ein verdammt harter Kampf, die Spaltung zwischen ökologischer und konventioneller Bauernschaft eben nicht voranzutreiben, sondern ein gutes Miteinander zu haben. Wenn ich Ihnen jetzt sage, dass das KULAP mit knapp über 40 % allein den ökologisch wirtschaftenden Betrieben zugutekommt, frage ich Sie gleichzeitig, ob die Frage fair ist, die Sie gerade gestellt haben. Ungefähr 12.000 bäuerliche Betriebe in der Ökolandwirtschaft greifen über 40 % des KULAP ab. Das ist gut so, wir haben ein Ziel vor Augen, aber ich muss auch einmal sagen: Wenn wir heute eine Zielerreichung aus dem GAP-Strategieplan haben – und bei K33 haben wir schon nach zwei Jahren eine Zielerreichung von über 1.000 % –, schreibt die EU vor, dass man schauen muss, wo man gewisse Förderprogramme neu steuern und nach fördern kann. Das ist eigentlich genau der richtige Weg. Ich bitte also darum, immer sehr ehrlich und realistisch damit umzugehen. Es gibt kein Bundesland – das weiß auch der LVÖ-Vorsitzende Herr Lang – – Erst beim Bio-Bauerntag haben die mich am Tisch gelobt: Sie sind so dankbar für dieses K33. – Es ist überproportional abgerufen worden. Wir unterstützen das. Wenn Sie mich unterstützen wollen, könnten Sie Herrn Özdemir sagen, er soll die Ökogelder in Berlin nicht streichen. Das wäre mal eine wirkliche Unterstützung, liebe Frau Goller.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/3600 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das

Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Stimmennthalungen! – Bei Stimmennthalung der SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich die Ergebnisse der vorher durchgeföhrten Richterwahlen bekannt geben. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt.

Zunächst komme ich zur Wiederwahl von Herrn Dr. Dieter Zöllner zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 160 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren keine Stimmen. Auf Herrn Dr. Zöllner entfielen 128 Stimmen. Mit Nein stimmten 5 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 27 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Dr. Dieter Zöllner zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wiedergewählt hat.

Ich fahre fort mit der Wiederwahl von Herrn Peter Hilzinger zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Auch an dieser Wahl haben 160 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmen waren gültig. Auf Herrn Hilzinger entfielen 127 Stimmen. Mit Nein stimmten 5 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 28 Abgeordnete. Ich stelle auch hier fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Hilzinger zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wiedergewählt hat. – Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich gebe auch die Ergebnisse der vorher durchgeföhrten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt und komme zunächst zur Wahl des Vizepräsidenten unter Tagesordnungspunkt 5. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben

169 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Lipp entfielen 27 Ja-Stimmen und 141 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Oskar Lipp nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Ich gebe nun noch das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Franz Schmid entfielen 24 Ja-Stimmen und 137 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Franz Schmid nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. – Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.